



Peter Moser

Für einen Berufsbildungsfonds und gegen den Qualm in den Gaststätten

Eine Analyse der Resultate der kantonalen Abstimmungen vom 28.9. 2008

Stichfrage entscheidet beim Berufsbildungsgesetz

Wohl zum erstenmal seit 1991, als die Stichfrage per Volksabstimmung eingeführt wurde, hat sie beim Berufsbildungsgesetz den Ausschlag gegeben. Zwar erreichte die Alternative ohne den umstrittenen kantonalen Berufsbildungsfonds mit 60.5% Ja-Stimmenanteil sogar eine geringfügig höhere Zustimmung als die Hauptvorlage mit dem Fonds (59.9%): Bei der Stichfrage waren die Befürworter der Hauptvorlage dann aber klar in der Mehrheit (58.0%).

Beim Rauchverbot in Gaststätten schliesst sich der Kanton Zürich mit der Annahme der Initiative (Ja-Stimmenanteil von 56.6%) den andern Kantonen, die das Rauchen in Gaststätten nur noch in sogenannten Fumoirs erlauben (TI, GR, SO, AR, UR und ebenfalls seit heute BS) an.¹ Der Gegenvorschlag des Kantonsrats mit einem etwas weniger restriktiven Rauchverbot fand hingegen mit einem Ja-Stimmenanteil von 49.6% sehr knapp keine Mehrheit. Auch hier wäre aber der Stichfragenentscheid, wenn er denn notwendig gewesen wäre, klar zugunsten der Initiative ausgefallen.

Ähnliche regionale Muster bei den beiden Hauptvorlagen

Beide Vorlagenbündel standen in einem ähnlichen politisch-ideologischen Spannungsfeld, was sich auch in der Parolenfassung der wichtigen Parteien manifestierte. Die Parteien links der Mitte (SP und GP) befürworteten den Berufsbildungsfonds und die Passivrauchverbotsinitiative und jene rechts der Mitte (FDP und SVP) lehnten beide ab. Bei beiden Vorlagen konnte man aus eher konservativen Gründen (Schutz des Gewerbes vor Mehraufwand bzw. Furcht vor dem Beizentod) wie auch aus grundsätzlich liberalen Bedenken gegen mehr staatliche Regulierung Einwände erheben.

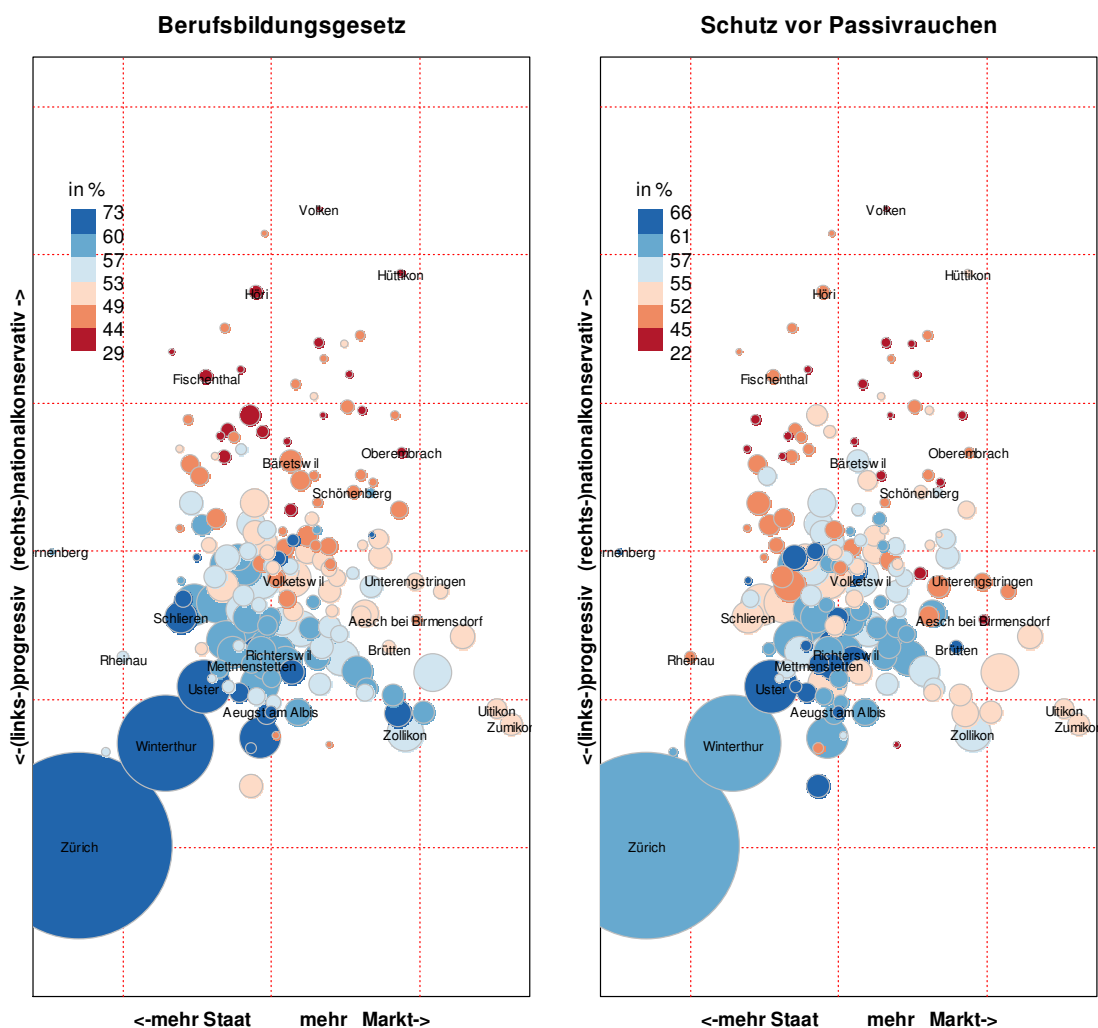
Kantonale Vorlagen sind ideologisch meist nicht so stark aufgeladen, sie polarisieren das Stimmvolk weniger stark als brisante eidgenössische Abstimmungsgegenstände die ungleich mehr mediale Öffentlichkeit geniessen, was der Meinungsbildung - und der

¹ Siehe: <http://www.20min.ch/interaktiv/rauchverbot/film.html>

Mobilisierung - natürlich förderlich ist. Erfahrungsgemäss hat dies zur Folge, dass auch in den Aggregatsdaten, die wir hier verwenden, die gewohnten Muster weniger ausgeprägt in Erscheinung treten. Das ist auch heute der Fall - und dennoch sind die Polarisierungsmuster erkennbar, wenn man die Resultate mittels der politischen Landkarte des Kantons Zürich visualisiert, wie das in Grafik 1 geschieht.

Grafik 1: Berufsbildungsvorlage (mit Fonds) und Initiative "Schutz vor Passivrauchen" in der politischen Landschaft des Kantons Zürich

Ja-Stimmenanteile in %, Koordinaten gemäss politischer Landkarte in statistik.info 15/2005



Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Bei der Berufsbildungsvorlage entspricht das Muster ganz den Erwartungen, die sich aus den obigen Erörterungen herleiten lassen. Am niedrigsten waren die Ja-Stimmenanteile tendenziell in den Landgemeinden des Weinlands, wie Volken oder Höri. Aber auch in den marktfreundlichen Gemeinden wie Uitikon oder Zumikon, war die Zustimmung eher unterdurchschnittlich. Am grössten war die Zustimmung erwartungsgemäss in der linken unteren Ecke der Landkarte, d.h. in Winterthur und der Stadt Zürich (Kreis 4 und 5: 77.6%).

Bei der Initiative für den Schutz vor dem Passivrauchen ist die Erklärungskraft beider Achsen der politischen Landkarte allerdings deutlich geringer, wie der Vergleich der

beiden Teilgrafiken - und eine statistische Analyse - lehrt.² Nicht so recht ins Bild passen will beispielsweise, dass die Initiative gegen das Passivrauchen im "progressivsten" Wahlkreis der Stadt Zürich (Stadtkreise 4 und 5) knapp mehrheitlich abgelehnt wurde. Vergleichsweise untypisch hohe Ja-Stimmenanteile finden sich auch in sonst eher liberalen Gemeinden wie z.B. Brütten (siehe auch Grafik 3). So ganz ins gewohnte und sonst meist aussagekräftige Schema der politischen Geographie des Kantons Zürich passt das Abstimmungsverhalten in Sachen Rauchverbot also nicht.

Ein Versuch, nach dem Motto "Beizer fürchten um ihre Existenz" einen Zusammenhang mit der Gaststättendichte herzustellen, d.h. eine eigennützige Motivation bestimmter betroffener Bevölkerungskreise zu postulieren, verläuft nicht sehr befriedigend. Zwar besteht ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen dem Anteil der im Gastgewerbe beschäftigten Personen am Total der Beschäftigten und dem Ja-Stimmenanteil für die Initiative und dies auch wenn man die politische Ausrichtung der Gemeinden mit einbezieht, bzw. kontrolliert. Aber sehr stark ist dieser Zusammenhang nicht, und auch aus grundsätzlichen Erwägungen kann man ihn natürlich in Frage stellen.

Ein amüsantes Detail in diesem Zusammenhang: Zufällig arbeiten in Volken, der Gemeinde mit dem niedrigsten Ja-Stimmenanteil für die Initiative im Kanton (22.1%) satte 42% der Beschäftigten im Gastgewerbe - aber das beweist natürlich nichts, sondern zeigt vor allem, dass kleine Gebiete oft Ausreisser sind.

All dies zeigt nicht zuletzt, dass eine Aggregatsdatenanalyse in einem solchen Fall nur begrenzt aufschlussreich ist. Als vorsichtiges Fazit zeigt sie bloss, dass die Haltung zum Rauchverbot offenbar nur zum Teil ideologisch motiviert ist - wie das Rauchen selbst ja auch eine sehr individuelle Angelegenheit darstellt, das mit Parteigrenzen nur wenig zu tun hat.

Drei Fragen zum selben Thema - was lässt sich daraus schliessen?

Beim Berufsbildungsgesetz besteht beinahe kein Zusammenhang zwischen den Gemeinderesultaten der Hauptvorlage und der Alternative (siehe Grafik 2, Seite 5, Spalte 1/Zeile 2). Das erstaunt nicht, denn es handelte sich ja um eine Nuance eines ohnehin notwendigen Anschlussgesetzes zur Umsetzung einer Bundesvorgabe. Es ist klar, dass in diesem Fall ein Ja zur Hauptvorlage kein Nein zur Alternative implizierte (oder umgekehrt), was sich ja auch daran erkennen lässt, dass die Ja-Stimmenanteile jeweils bei rund 60% lagen.

Bei der Passivrauchinitiative scheint dies eher der Fall zu sein (siehe Grafik 2 Spalte 4, Zeile 5). Der Zusammenhang zwischen den kommunalen Ja-Stimmenanteilen zu den beiden Vorlagen ist klar negativ, und der Korrelationskoeffizient mit -0.47 hochsignifikant. Initiative und Gegenvorschlag wurden wahrscheinlich von einem Teil der Stimmbürgerschaft als Alternativen im Sinne eines "Entweder-Oder" gesehen.

Gemeinsam ist allerdings beiden Vorlagenbündeln das Stimmverhalten bei der Stichfrage. Der Ja-Stimmenanteil für die Hauptvorlage entspricht meist auf wenige Prozent genau demjenigen des Anteils der Hauptvorlage am Total der "Stichstimmen" (siehe Grafik 2, Zeile 3/Spalte 1 für die Berufsbildungsvorlage bzw. Spalte 4/Zeile 6 für die Passivrauchinitiative).

In einem gewissen Sinne "hakt" das Gemeinwesen, das die Abstimmungsfrage stellt, mit der Stichfrage nach: "Was soll denn gelten, wenn in der ersten Runde beide Vorlagen angenommen worden sind, also kein Entscheid für die eine oder andere gefallen ist?". Die starke Korrelation zwischen dem Stimmverhalten bei der Stichfrage und dem Ja-Stimmenanteil der beiden Hauptvorlagen ist deshalb ein Indiz dafür, dass es beim

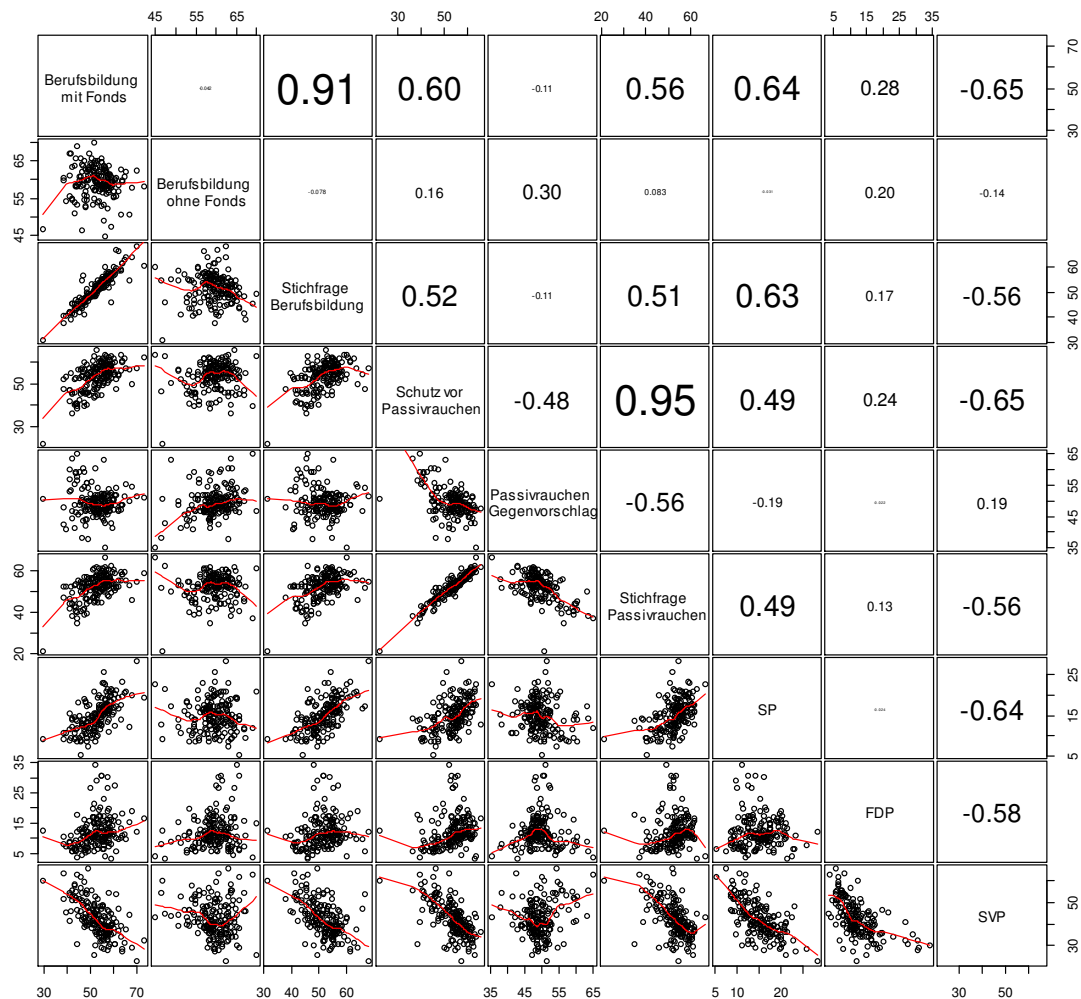
² Konkret eine Regression auf die Achsen der politischen Landkarte, welche die Abstimmungsergebnisse der Vergangenheit zusammenfassen (mehr dazu in statistik.info 05/2005 bzw 26/2003).

Berufsbildungsgesetz tatsächlich vor allem um die Frage "Fonds ja oder nein" bzw. "umfassendes Rauchverbot in den Gaststuben" ging.

Wie stets bei Aggregatsdatenanalysen ist vor Überinterpretationen zu warnen. Selbstverständlich kann diese Analyse auf Gemeindeebene nicht abschliessend zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. All dies zu ermitteln, ist die Aufgabe einer demoskopischen Nachbefragung – die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse sind aber besser als gar nichts, und als begründete Mutmassung bis zum Widerruf durch eine bessere Datengrundlage brauchbar (siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen anhand eines Vergleichs von Aggregats- und Befragungsdaten in [statistik.info 04/2008](#)).

Grafik 2: Zusammenhänge zwischen den Abstimmungsergebnissen vom 28.9.08 und Wähleranteilen

Gemeinden des Kantons Zürich, Ja-Stimmen- und Wähleranteile Nationalratswahlen 2007 in %



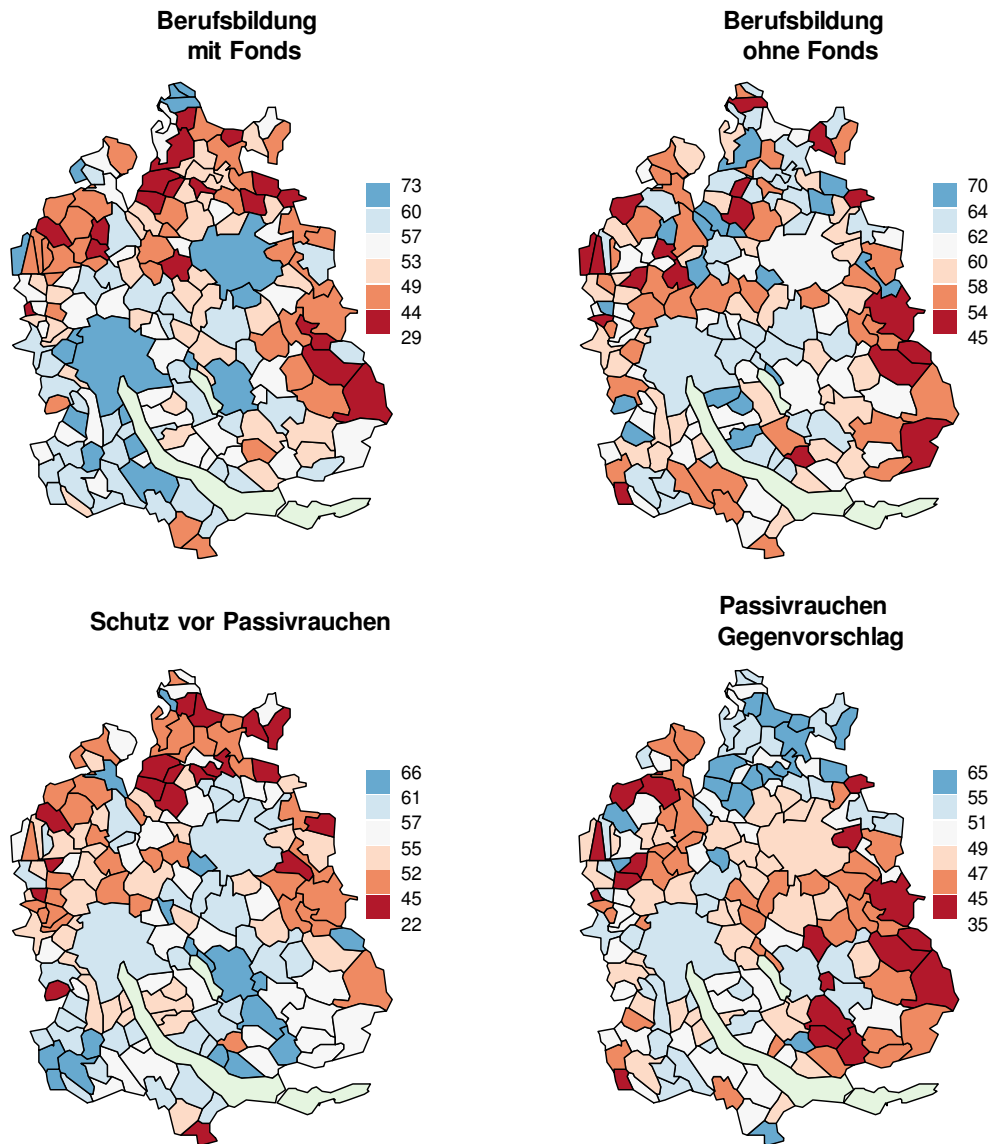
Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Unterhalb der Diagonalen Streudiagramme; oberhalb der Diagonalen: bivariate Korrelationskoeffizienten.

Lesehilfe: Die Streudiagramme (Punktwolken) zeigen, wie die Wähleranteile in den Gemeinden des Kantons mit den heutigen Abstimmungsergebnissen zusammenhängen. Das Streudiagramm in der Ecke unten links zeigt beispielsweise den Zusammenhang zwischen dem SVP-Wähleranteil und dem Ja-Stimmenanteil beim Berufsbildungsgesetz mit Fonds. Je enger sich die Punkte um die Diagonale der Panelquadrate scharen, desto enger ist der Zusammenhang, d.h. desto besser lässt sich bei bekanntem Wähleranteil das Abstimmungsergebnis prognostizieren. Verläuft die die Punktwolke (bzw. der rot eingezeichnete sogenannte Glätter, der die Ausrichtung der Punktwolke zusammenfasst) von links oben nach rechts unten, ist der Zusammenhang negativ (Je mehr desto weniger). Ist das Gegenteil der Fall (links unten nach rechts oben) so wird der Zusammenhang als positiv bezeichnet (je mehr desto mehr). Verläuft die Glätterkurve dagegen mehr oder weniger horizontal, so ist meist kein interpretierbarer Zusammenhang vorhanden. Die Korrelationskoeffizienten in der oberen Hälfte der Grafik versuchen die Information, die in den Streudiagrammen steckt, in eine Zahl zusammenzufassen. Werte nahe -1 und +1 sind dabei ein Indiz für einen stark negativen oder positiven Zusammenhang; ist der Korrelationskoeffizient dagegen nahe bei 0, so ist (in der Regel) kein Zusammenhang vorhanden.

Grafik 3: Resultate der Vorlagen vom 28. 9. 2008 in den Gemeinden des Kantons Zürich

Ja-Stimmenanteil in %



Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10-, 30-, 50-, 70-, und 90%-Quantil ein: D.h. jene zehn Prozent der Gemeinden mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind jeweils Dunkelrot eingefärbt, weitere zwanzig Prozent mittelrot etc.. Insgesamt befinden sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante geographische Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung besonders gut zu erkennen.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser
Telefon: 044 225 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.ji.zh.ch

www.statistik.zh.ch